Ä20 Stresstest Demokratie

Antragsteller*in: Michelle Daniela Angeli (KV Magdeburg), Juliane Kucharzweski (KV Harz)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 168 bis 171:
In Sachsen-Anhalt haben wir eine starke und vielfältige Zivilgesellschaft, in der sich Menschen einbringen und verwirklichen können. Ehrenamtliches Engagement ist gelebte Demokratie.

Verschiedene Zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen in Sachsen-Anhalt haben sich in den vergangen Monaten zusammengeschlossen und ein klares Zeichen gegen die Angriffe auf unsere Demokratie gesetzt. Sie organisierten nicht nur Demonstrationen, sondern legten den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die politische Bildung und Verteidigung unserer Demokratie. Sie rufen gemeinsam dazu auf, am 09. Juni demokratisch wählen zu gehen. Sie bieten Fortbildungen gegen Hass und Hetze im Netz an sowie Weiterbildungen zu Antisemitismus und vieles mehr. Diese wichtige Arbeit, ist ein Dorn im Auge jener, die unsere demokratischen Werte nicht teilen.

~~Sachsen-Anhalts Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Damit sie weiter wachsen kann, braucht es verlässliche~~
Damit die Zivilgesellschaft weiter wachsen kann, braucht es verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen, für die alle staatlichen Ebenen Verantwortung übernehmen müssen.

Von Zeile 175 bis 181:
Auch auf Landesebene braucht es Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit für die Arbeit der demokratischen Zivilgesellschaft.

Studien zeigen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, rassistische und antisemitische Einstellungen in Sachsen-Anhalt verbreitet sind. Obwohl die klare Mehrheit der Bevölkerung die Idee der Demokratie unterstützt, sind nur etwa ein Drittel mit der tatsächlichen Funktionsweise demokratischer Prozesse zufrieden.

~~Auch auf Landesebene braucht es Verlässlichkeit: Wir wollen die politische Bildung stärken und die Förderung für die im Beratungsnetzwerk des Landes organisierten Initiativen, Verbände und Organisationen verstetigen und ausbauen. Die Projekte zum Monitoring extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und weiterer Aktivitäten mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen wir ausbauen.~~

Daher ist es notwendig die politische Bildung zu stärken und die Förderung für die im Beratungsnetzwerk des Landes organisierten Initiativen, Verbände und Organisationen nachhaltig zu verstetigen und auszubauen.

Es bedarf zusätzlicher Angebote in den Bereichen Prävention gegen Rassismus und Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit sowie Queer- und Transfeindlichkeit, politische Bildung und Unterstützung für Betroffene von Antisemitismus.

Die Projekte zum Monitoring extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und weiterer Aktivitäten mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen wir ausbauen

Dabei muss künftig auch ein Schwerpunkt auf Antifeminismus liegen.

Begründung

Die demokratische Zivilgesellschaft ist stärker denn je aktiv, um unsere Demokratie zu verteidigen. Die Arbeit, die die Initiativen, Verbände und Organisationen stetig leistet, darf in einem solchen Antrag nicht unter den Tisch fallen und muss positiv erwähnt. Aber auch sie sind nur so stark, wie die Menschen, die hinter ihnen stehen. Engagement alleine reicht oftmals nicht aus. Es braucht eine verlässliche Finanzierung, die nachhaltig Initiative, Organisationen und deren Projekte fördert und stärkt.

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Feminismus eines unserer Graswurzelthemen. Wenn wir über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten sprechen, müssen wir auch endlich über Antifeminismus reden.

Laut Definition der Amadeo-Antonio Stiftung ist Antifeminismus wie folgt zu verstehen:
Unter Antifeminismus werden soziale Bewegungen oder gesellschaftliche, politische, religiöse und akademische Strömungen verstanden, die sich organisiert gegen Feminismus wenden. Antifeminismus richtet sich gegen feministische Anliegen, wie beispielsweise die Beseitigung von Sexismus, die Umsetzung von Gleichberechtigung oder die Stärkung weiblicher Selbstbestimmung.

Verschiedene Studien markieren den Antifeminismus als ein zentrales Argumentationsmuster der extremen Rechten und der oft so bezeichneten Rechtspopulisten. Nicht alle Antifeministen sind rechtsextrem, aber alle Rechtsextremen sind Antifeministen. Antifeminismus fungiert daher oftmals als Brückenideologie. Er ist neben Muslimfeindlichkeit die wichtigste Grundlage rechter Mobilmachung.

Ich unterstütze den Antrag von Suse und Isabelle und habe daher keine weiteren Änderungen beim Punkt politische Bildung eingebaut.